"Gleiche Rechte" - familienschädigend?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **37 (1981)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844755

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Unsere neue Präsidentin: Justine Tanner

An der Generalversammlung unseres Vereins am 8. April haben wir Justine Tanner zu unserer neuen Präsidentin gewählt. Sie ist seit vielen Jahren als selbständige Grafikerin tätig, 51jährig und rund 15 Jahre eine aktive Staatsbürgerin. Obwohl nicht Mitglied einer Partei, nimmt sie oft und mit Überzeugung Partei, nicht zuletzt für die Sache der Frau.
Als Präsidentin hat sie sich auch gleich ein erstes, ehrgeiziges Ziel gesteckt: mehr Mitglieder für unsern Verein! Damit wir – ideell und finanziell – mehr Stosskraft haben (was auch 1981 dringend notwendig ist). Derzeit zählen wir um die 400 Personen, und sie strebt fürs Frühjahr 1982 kühn gleich 500 an. Jede Frau ist zur aktiven Mithilfe herzlichst aufgerufen.

«Gleiche Rechte» – familienschädigend?

Gleiche Rechte für Mann und Frau, das könnte unser gesellschaftliches Gefüge durcheinanderbringen, könnte vor allem der Familie schaden, argumentieren die Gegner. Man begebe sich sogar auf den Weg zur Abschaffung der Familie zugunsten von Kollektiven, jedenfalls sei dies die Absicht unseres Bundesrates (ausgerechnet). Die wildesten Spekulationen gehen um. Warum eigentlich? Die gleichen Gegner aber – sie sind grossmehrheitlich männlich, und deshalb natürlich niemals unlogisch oder inkonsequent – behaupten, hier würde die Verfassung der Zeit vorauseilen, und im gleichen Atemzug sozusagen versichern sie, die Frauen seien ja längst gleichberechtigt. Sind jetzt eigentlich die Frauen nicht gleichmacherisch entfraulicht und deshalb alle unsere Familien vorbildlich intakt, oder sind sie umgekehrt schon «gleich» und alle Familien kaputte Kollektive?
«Gleiche Rechte für Mann und Frau» will nichts grundlegend Neues, sondern lediglich auch unserem Grundgesetz klar und deutlich zufügen, was in einem grossen Teil unseres Familienalltages längst lebendig ist, aber mit unserem geschriebenen Recht nicht mehr überall übereinstimmt. Man will also, dass alles zusammenpasst, wie es sich in einem echten demokratischen Rechtsstaat auch ziemt. Das Recht soll nicht mehr Bevorzu-

---

Corrigenda: Unsere Ex-Präsidentin Claudia Depuoz hat natürlich nicht nur ein Jahr die Geschicke unseres Vereins geleitet, wie in der letzten «Staatsbürgerin» behauptet wurde. Es waren volle drei Jahre! Entschuldigung, liebe Claudia, die Zeit vergeht halt gfürchig schnell . . . *es.*

gungen und Benachteiligungen schützen, die sich nur auf die Geschlechtszugehörigkeit stützen, nicht mehr Ehemänner schützen, die – im Gegensatz zu unserer allgemeinen Auffassung – ihre Frauen wie eine Art minderwertige Geschöpfe behandeln, und es sollen auch nicht Ehemännern mehr Lasten oder Verantwortungen aufgebürdet werden, als gerechterweise zumutbar ist. Vater und Mutter sollen also in der Familie einander gleichgestellt sein, sie sollen beide nach ihren Kräften sich für das Wohl der Familie einsetzen und von den Kindern als gleichwertige Menschen geachtet werden. Eine gewisse Ähnlichkeit ist da zu unseren Kollegialsystemen in Bundesrat oder Regierungsräten.
Die Arbeit im Haushalt, in der Erziehung, die Arbeit im Beruf, soll gleich anerkannt sein, von wem sie auch immer ausgeführt wird. Der «Sozialminister» in der Familie soll nicht weniger sein, als der «Finanzminister», und wenn sie wollen, dürfen die «Minister» sogar ihr Ressort wechseln, wenn das der Familie besser dienen sollte. *(in)*

Österreich: Gleichberechtigung für Witwer

Ein sich benachteiligt fühlender Österreicher hat beim obersten Gericht unseres Nachbarlandes erreicht, dass Männer in Österreich künftig auch vor der Sozialversicherung den Frauen gleichgestellt werden. Die «36. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz» enthält die Einführung einer Witwerrente analog zu jener Pension, die bislang nur an Witwen ausbezahlt wurde.
Der Kläger wie das Gericht kritisierten, dass im westeuropäischen Staat mit der höchsten Frauenbeschäftigungsquote, in dem Mann und Frau zudem gleiche Prämien in die Kasse der staatlichen Pensionsversicherung zahlen, bei Verlust des Ehegatten schlechter gestellt sein sollen als Frauen. Die Richter betonten sogar, die Praxis habe bewiesen, dass sich Witwer häufig schwerer täten als Witwen, weil sie in der Regel darauf angewiesen seien, die Haushaltführung in einem solchen Fall plötzlich teuer zu bezahlen. Besonders krass falle dies ins Gewicht, wenn ein Witwer noch unmündige Kinder habe, die bisher von der Frau versorgt worden seien.
Weil auch die Richter nicht wissen, woher die staatliche Pensionskasse das Geld für diese Gleichberechtigung hernehmen soll, bewilligten sie der Regierung eine «stufenweise»

«Familienplanung» auf chinesisch

Peking, 5. Mai (Reuter) Noch immer werden in China *neugeborene Mädchen ausgesetzt* oder ertränkt. Dies geht aus einer jüngst veröffentlichten Dokumentation des chinesischen Familienministeriums hervor. Das Ministerium sieht darin ein Zeichen dafür, dass Knaben nach wie vor höher eingeschätzt und für bessere Arbeitskräfte gehalten werden als Mädchen. Bis vor kurzem hatte man in China angenommen, dass diese brutale Sitte seit der Machtübernahme der Kommunisten ausgemerzt sei.
Die chinesische Führung rief bei dieser Gelegenheit erneut dazu auf, pro Familie nur noch *ein Kind* zu zeugen, damit die Bevölkerung bis zum Jahr 2000 nicht über 1,2 Milliarden ansteige. 1982 dürfte Chinas Bevölkerung die Milliardengrenze erreichen.